Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nootbaar, Adolf Steiner. — Görlitz: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kloss. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Dalmar Azn., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 21 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frendler in Warschau, Senatorskagasse 22.

Nr. 160. **Berlin, Dienstag den 7. April 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.**, sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honoraranfrage erbeten.** Nachträgliche Honoraranfprüche finden keine Berücksichtigung, anbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 7. April.

Sozialistisches.

II.

Bestehen also über die Fragen des Arbeitsschutzes im engeren Sinne prinzipielle Meinungsverschiedenheiten nicht, sondern nur über die Opportunität des wie weit, wann und wo?, so haben die sozialdemokratischen Antragsteller wohl geglaubt, sich diesen Umstand zu Nutze machen und versuchen zu sollen, Dinge, die mit dem Arbeiterschutz kaum in einiger Beziehung stehen, unter dieses Prinzip zu subsumiren, damit solche, unter falscher Flagge segelnd, die gegnerische Aufmerksamkeit nicht allzusehr wach rufen möchten. Wir meinen die gesetzliche Fixirung der Maximalarbeitszeit und des Minimallohnes durch die Arbeitskammern.

Sowohl 1877 wie jetzt wieder haben die sozialdemokratischen Redner betont, die zweitlig gestellten Anträge seien keineswegs ihrer Weisheit letzter Schluß; durch dieselben würde das sozialistische System nicht verwirklicht, nicht einmal angebahnt; es handle sich nur um eine auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung mögliche und erreichbare Etappe. Außerdem haben beide jetzt zum Worte gelangten Redner, Hr. Bebel sowohl als Hr. Grillenberger, betont, der jetzige Antrag sei nur eine Wiederholung derjenigen von 1877; „ganz genau dasselbe mit einigen Verbesserungen, wie ich glaube", so drückte sich Herr Grillenberger aus. Man wird sich also daran zu halten haben, daß nach Meinung der Antragsteller im Vergleiche zu 1877 kein Novum vorliege, und daß ebensalls nach jener Meinung nichts eigentlich „Sozialistisches" in dem Antrage enthalten sein solle; beides ist aber der Fall, wie sich leicht ergeben wird.

Am 16. April 1877 sagte Herr Frische:

> Es ist nach wie vor unser Bestreben, mit gemeinsamen Mitteln die Arbeit gemeinsam, d. i. genossenschaftlich zu betreiben. Es ist unsere Absicht, dahin zu wirken, daß sich der Staat, die Gesellschaft so organisiren, daß die Organe der Gesellschaft sich nicht mehr um Profit kümmern, was und wie produzirt werde . . . sondern daß sie sich auch mit der Distribution beschäftige, daß endlich auch einmal auf die Vertheilung gesehen, was durch die Arbeit geschaffen ist, Rücksicht genommen werde, daß eine vernunftgemäße, eine gerechte Vertheilung dessen, was durch die Arbeit gewonnen ist, stattfinde.

Das stellte Herr Fritsche als „unsere Meinung" — als die der damaligen Sozialdemokraten hin. In gewissem Gegensatze dazu sagte damals Herr Bebel zwei Tage später:

> Der Vorredner (Dr. Wehrenpfennig) bezeichnete als eine sozialistische Forderung die gesetzliche Normirung der Lohnhöhe durch den Staat. Das ist grundfalsch; es fällt keinem einzigen Sozialisten ein, eine gesetzliche Feststellung der Lohnsätze vom Staate zu verlangen. Das halten wir für unsinnig, besonders unter den heutigen Verhältnissen.

Damals bestand also bereits offenbar in diesem Punkte ein Zwiespalt im sozialdemokratischen Lager. Herr Fritsche stellt als „unsere Meinung" auf, der Staat solle sich mit der Distribution, der gerechten Vertheilung dessen befassen, was durch die Arbeit gewonnen ist. Herr Bebel aber erklärt das für eine unsinnige Forderung, „besonders unter den heutigen Verhältnissen", kein Sozialist denke daran, vom Staate Festsetzung der Lohnsätze zu verlangen.

Im Sinne des Herrn Bebel und seiner Freunde werden sich seit 1877 „die heutigen Verhältnisse" kaum geändert haben; trotzdem aber erscheint in dem heutigen Antrage die damals nicht erhobene und mit keiner Silbe berührte Forderung, der Staat solle sich um die Feststellung der zulässigen Minimallohnsätze bekümmern, und nach dem jetzigen Antrage bekanntlich den Arbeitsämtern als bezahlte Funktion die Festsetzung von Minimallohnsätzen für jedes Gewerbe übertragen. Aber obgleich die schon damals zwischen Fritsche und Bebel kontroverse Forderung heute als Parteiforderung erhoben wird, dauert unter den Antragstellern selbst der Streit über dieselbe fort.

Herr Grillenberger bemüht sich eifrigst, zu beweisen, daß die Forderung des Minimallohnes keine „sozialistische" sei; denn: weil der Sozialismus einen Lohn im heutigen Sinne überhaupt nicht kenne, könne die Festsetzung eines Minimallohnsatzes auch kein sozialistischer Grundsatz sein. Aber wo bleibt dann die „gerechte und vernunftgemäße Vertheilung" durch den Staat, die Herr Fritsche 1877 als „unsere Meinung" hingestellt? Wenn der sozialdemokratische Staat nicht einmal so weit gerecht und vernunftgemäß sein sollte, ein Minimum an Gütern zu garantiren — das an Stelle des heutigen Lohnes zu treten hätte — wer würde dann noch Lust haben, sich mit demselben einzulassen? Maximalarbeitstag und Minimallohnfestsetzung erklärt Herr Grillenberger für die Kernpunkte des sozialdemokratischen Antrages: für letztere Forderung berufe er sich auf alle möglichen Zeugen; u. A. auch auf Rodbertus, der „ein ganzes System des Minimallohnes aufgestellt" habe. Dem Herrn Grillenberger muß eine bisher unbekannte Arbeit des Rodbertus bekannt geworden sein, denn dieser hat zwar mit der Frage des Normalarbeitstages sich beschäftigt; hat gezeigt, daß so, wie die Sozialdemokraten dieselbe stellten, sie ein Unding sei; er hat versucht, zu zeigen, daß der Zeitlohn neben dem Normalarbeitstage nicht bestehen könne, und hat gesucht, ein System des Werklohnes zu konstruiren; aber von einem Rodbertusschen System des Minimallohnes, im Sinne des sozialdemokratischen Antrages, war bisher nichts bekannt. Aehnlich geht es Herrn Grillenberger mit der Berufung auf einen anderen Schriftsteller, der „ähnliche Grundsätze" aufgestellt haben soll, wie Rodbertus; in dem angezogenen Schriftchen wird man aber von „Grundsätzen" überhaupt nicht viel entdecken können.

Während aber Herr Grillenberger im Maximalarbeitstage und Minimallohn die Quintessenz des Antrages erblickt, sieht Herr Bebel — und er betont das mehrere Male — sie in der vorgeschlagenen Organisation, und man gewinnt aus seiner Rede nothwendiger Weise den Eindruck, daß er von jenem nicht viel wissen wolle. Speziell vom Minimallohn sagt er sogar:

> Ich will Ihnen ganz offen aussprechen — denn es ist ja kein Geheimniß —, über diese Forderung sind in der Sozialdemokratie selbst die Meinungen verschieden. Die Einen meinen, die Sache sei durchführbar, die Anderen bestreiten dies. Man hat einfach gesagt: man lasse es einmal auf die Probe ankommen, wir werden ja sehen, wie weit wir kommen; wir schaffen da eine neue Einrichtung; sehen wir, daß sie sich erprobt, dann ist sie gut, erprobt sie sich nicht, dann schaffen wir sie wieder ab.
>
> Man wird darnach doch nicht gut sagen können, dieser Minimallohn sei eine der „Verbesserungen" des heutigen Antrages im Vergleiche zu demjenigen von 1877, wenn die Sozialdemokraten selbst in solchem Maße zweifelhaft über die Güte dieses Vorschlages sind. Wenn aber der erste Schritt, den die Einen nach der gerechten und vernünftigen „Distribution" des Herrn Fritsche hin unternehmen wollen, den Anderen so dubiös erscheint, und wenn trotzdem sich heute diese Forderung im sozialdemokratischen Antrage befindet, die damals fehlte, so muß doch eine Wandlung in der Partei vorgegangen sein! Ob sie eine prinzipielle oder eine taktische sei, wird man aus einem anderen Punkte, dem des Normal- resp. Maximalarbeitstages erkennen können.

Am ersten Ostertage Vormittags gab der Staatssekretär Dr. v. Stephan im Hauptfeldtelegraphenamt den hierselbst anwesenden Beamten und Beamtinnen Kenntniß von nachstehendem **Erlaß des Fürsten Reichskanzlers:**

> „Euerer Exzellenz gefällige Mittheilung über den gestrigen Telegrammverkehr hat mich von Neuem von der Zweckmäßigkeit unserer telegraphischen Einrichtungen und der Tüchtigkeit der Beamten Ihres Ressorts überzeugt. Euerer Exzellenz und Ihren Beamten fühle ich mich um so mehr verpflichtet, für ihre angestrengten Leistungen in den letzten Tagen zu danken, als dieselben durch meine Person veranlaßt worden sind."

Wir bemerken hierzu, daß aus Anlaß der Feier des 70. Geburtstages Sr. Durchlaucht nahezu dritthalbtausend Telegramme mit etwa 100,000 Worten aus fast allen Theilen der Welt eingelaufen waren. Der Herr Staatssekretär schloß die Mittheilung mit einem in den Herzen der Hörer begeisterten Widerhall findenden dreimaligen Hoch auf den obersten Chef des Reichs-Telegraphenwesens, Seine Durchlaucht den Fürsten Reichskanzler.

Aus **Tientsin** uns zugehende kaufmännische Depeschen vom gestrigen Tage wollen wissen, daß die Friedenspräliminarien zwischen Frankreich und China unterzeichnet worden seien.

Eine Bürgschaft für die Richtigkeit dieser Mittheilung können wir selbstverständlich nicht übernehmen.

Man schreibt uns aus **Washington** unterm 23. v. M.:

„Der Telegraph wird Ihnen bereits gemeldet haben, daß Herr W. Pendleton als Nachfolger Herrn Kassons zum Gesandten der Vereinigten Staaten in Berlin ernannt worden ist. — Diese Wahl zeigt jedenfalls, daß man hier großen Werth darauf legt, Amerika in Berlin würdig vertreten zu sehen.

Herr Pendleton aus Ohio, ein Mann in den 60er Jahren, der einem Theil seiner akademischen Bildung in Europa genossen hat, ist ein hervorragender Politiker, der seine engere Heimath, Ohio, von 1857—1865 als Repräsentant und von 1879 bis 1885 als Senator im Kongreß vertreten hat, und schon vor zwanzig Jahren in so hohem Ansehen stand, daß er damals von den demokratischen Parteien als Kandidat für die Vizepräsidentschaft aufgestellt wurde. — Besonderes Verdienst hat Herr Pendleton sich durch die Urheberschaft und energische Verfechtung des jetzt in Amerika geltenden Zivilbeamtengesetzes erworben. Er wird selbst von seinen politischen Gegnern als ein politisch reiner Charakter anerkannt, ist ein Mann von gründlicher Bildung und den besten gesellschaftlichen Formen; und da nach Lage der Dinge das Verbleiben des in Berlin schnell beliebt gewordenen Herrn Kasson nicht möglich war, so wird Herrn Pendletons Ernennung auch in Deutschland gewiß gern gesehen werden und er sich dort bald jener genehme und angesehene Stellung erringen, die alle seine Amtsvorgänger, mit einer vorübergehenden Ausnahme, dort so viele Jahre lang zum Vortheil beider Länder eingenommen haben."

Aus den zahlreichen Zuschriften und Mittheilungen zur **Bismarck-Feier**, die uns ferner geworden, theilen wir, bei der absoluten Unmöglichkeit, Alles zum Abdruck zu bringen, in aller Kürze Folgendes auszugsweise mit.

Die schon erwähnte Adresse, welche die noch lebenden Veteranen der „erbkaiserlichen Partei von 1849", die für den „Erbkaiser" stimmenden Mitglieder des Frankfurter Parlaments, an den Reichskanzler gerichtet haben, hat folgenden Wortlaut:

„Durchlauchtigster Fürst! Vor mehr als drei Jahrzehnten berufen, dem langen Sehnen des deutschen Volkes nach Vereinigung seiner Glieder zur Erfüllung zu helfen, vermochten die ehrerbietigst Unterzeichneten damals nur, auf den Weg hinzuweisen, der die Nation zur Einheit führen könne; ihnen war mehr nicht vergönnt, als ihrer Ueberzeugung, daß der deutsche Bundesstaat nur unter der Führung des Hohenzollernstaats zu gründen sei, festen Ausdruck und bestimmte Fassung zu geben und diese gegen Anfechtung, Thorheit und Leidenschaft aufrecht zu halten. Daß wir jene Bahn in stürmischen Tagen betreten, die Fahne erhoben und unentwegt zu ihr gestanden haben, giebt uns ein Anrecht, dem Manne, der unsern Glauben zur That gemacht und uns zum Ziele geführt hat, den Dankeszoll, der ihm in unsern Herzen lebt, heute darzubringen. Aber hat ein dreijähriger und schmerzlicher als wir erfahren, welche Kluft Streben und Erreichen, Gedanken und Vollbringen trennt? Wer könnte deutlicher die volle Wucht der Aufgabe empfinden, die Ew. Durchlaucht inmitten widerstrebender Kräfte, inmitten feindseliger Mächte auf sich genommen, wer aufrichtiger und lebhafter bewundern, was Ew. Durchlaucht vollbracht haben, die Erweckung der versunkenen Herrlichkeit der deutschen Nation zu neuem Leben und hellem Glanze! Politische Größe ruhte niemals auf Weitsicht, Kühnheit und Kraft allein, nicht minder auf Mäßigung und Selbstüberwindung; wie zu gespannteste, verantwortlichste Handeln, ist sie zu geduldigem Ausharren berufen. Was die einsam in schweren Stunden errungenen Entschlüsse kosten, ermißt, der sie zu fassen hatte, allein. Möge Ew. Durchlaucht zu dem Einen wie zu dem Andern auch fürhin die von innerster Ueberzeugung getragene Kraft nicht fehlen, möge Ew. Durchlaucht beschieden sein, nach glorreichsten Kriegen Deutschland und Europa den Frieden zu erhalten, das deutsche Reich weiter und weiter erstarken zu lassen, über das heute vollendete Lebensjahr hinaus noch lange zum Heile der lebenden und der kommenden Geschlechter fortzuführen!"

Entworfen ist das Aktenstück, wie die „K. Z." meldet, von Geheimrath Max Duncker, es trägt unter Anderen die Namen: Präsident Simson (Senatspräsident des Reichsgerichts), Drechsler (Kanzler der Universität Tübingen), v. Rümelin, Geheimrath Beseler, Geheimrath Waitz, Dr. Löwe, Prof. Biedermann, Prof. Markowicza, Graf Keller, Dr. Pinckert in Erfurt.

Ueber die dortige Bismarck-Feier berichtet man uns aus **Genua**:

Unvergeßlich werden allen in Genua lebenden Deutschen die beiden Feste sein, welche in diesen Tagen zu Ehren des Fürsten Bismarck stattgefunden haben. Unter der Leitung des Komités für die Bismarckfeyde wurde am 28. März ein Fest in dem neuen Hotel du Parc veranstaltet, an welchem die gesammte deutsche Kolonie Antheil nahm. Die unteren Räume des ehemaligen Palais Serra sind bekanntlich jetzt Sitz der Gesellschaft, welche mit den beiden aufstoßenden Sälen einen Festraum von seltener Schönheit darbot. Die Kolonie hatte den Generalkonsul Dr. Bamberg ersucht, das Ehrenpräsidium zu übernehmen und die Feier mit einem Vortrage zu eröffnen. Im Hauptsaale erhob sich die Bronzebüste des Fürsten inmitten eines wahren Zaubergartens von tropischen Gewächsen und Blumen. Bei dem Bankett brachte der Generalkonsul den Toast auf Se. Majestät den Kaiser aus, während der an eine längere Rede sich anknüpfende zu Ehren des Fürsten Bismarck von dem Ingenieur Würtemberger, einem Schwäbischen, ausgebracht wurde. Nach aufgehobener Tafel trug der Komponist August Bungert den Text seiner Bismarck-Hymne vor, und unter Abhingen mehrerer Strophen enthüllte sich ein lebendes Bild, die Germania auf dem Niederwald darstellend. Ein glänzender Ball beendigte dieses schöne Fest.

Für den Abend des 1. April waren sämmtliche hier anwesende Reichsangehörige in das deutsche Generalkonsulat eingeladen. Es hatten sich nicht allein die hier ansässigen, sondern auch durchreisende Deutsche zahlreich eingefunden. Die Räume des Generalkonsulats waren festlich mit Fahnen und Blumen geschmückt, und in reichem Lichterglanz strahlte das von einem mächtigen Lorbeerkranz umgebene Bildniß des Reichskanzlers. Unbeschreiblicher Enthusiasmus herrschte beim Ausbringen des Toastes auf den Fürsten, und bei dem darauf folgenden feierlichen Male folgten, zwischen Orchesterklängen und Männergesang, patriotische Reden, welche noch lange im Herzen aller Anwesenden nachklingen werden.

Aus **Florenz**, 3. April, berichtet man uns: Der erste April ist schwerlich daheim irgendwo mit wärmerer und aufrichtigerer Freude gefeiert worden, als bei uns hier in der Fremde, die wir besser noch als die Landsleute im Reich zu fühlen Gelegenheit haben, was der Name Bismarck allenthalben für das deutsche Vaterland bedeutet. Auch hier in Florenz hatte sich ein zahlreicher Kreis der Verehrer des großen Mannes, zu denen selbst Oesterreich-Ungarn und Rußland ihre Vertreter gestellt hatten, versammelt. Kurz und schneidig brachte unser Konsulatsvertreter das Hoch auf den Jubilar aus, das begeisterten Nachklang fand, und telegraphisch wurden Se. Durchlaucht die Glückwünsche der Versammelten übermittelt.

Aus **Rom** wird uns unterm 4. April geschrieben: Welch' außerordentlicher Popularität der deutsche Reichskanzler Fürst Bismarck sich auch in Italien erfreut, bewiesen in eklatanter Weise bei zahlreichen, ihm bei Gelegenheit der Feier seines 70. Geburtstages aus Italien aus allen Gesellschaftsschichten gewordenen Beweise der Sympathie und Verehrung. Daß der König ein in äußerst herzlichen Ausdrücken abgefaßtes eigenhändiges Schreiben an den hohen Jubilar richtete, daß der Ministerpräsident Depretis und der Minister des Aeußern Herr Mancini dem Fürsten in ihrem und ihres Vaterlandes und dessen Regierung Namen in der wärmsten Weise beglückwünschten, ist begreiflich und durch die Intimität der zwischen beiden Staaten und deren Regierungen bestehenden Beziehungen erklärlich. Daß aber ganz Italien dem großen Staatsmann huldigt, ihm seine Verehrung und Sympathie in so enthusiastischer Weise darbringt, daß die öffentliche Meinung und deren Organe gleichsam einstimmig die hohen Verdienste, die außerordentlichen Geistes- und Charaktereigenschaften des hohen Jubilars in geradezu begeisterter Weise feiern, ist ein Beweis, wie hoch auch in Italien der Name Bismarck gehalten wird, ist ein Verdikt der öffentlichen Meinung Italiens, das zu registriren wir nicht unterlassen konnten, und wir benutzen diese Gelegenheit, um an der Hand dieser Thatsache zu konstatiren, welchen Werth man in Italien auf die Freundschaft und innige Verbindung mit Deutschland legt.

Selbst auf **Capri** vereinigten sich die vorwiegend deutschen Gäste des Hotels Pagano zu einer improvisirten Feier, bei welcher Hof-Kunsthändler Quaß aus Berlin einen Toast auf den Kanzler ausbrachte und einen telegraphischen Glückwunsch an Letzteren abgesandt wurde.

Auch die Burschenschaften der österreichischen Hochschulen haben durch einen dazu deputirten Vertreter, cand. phil. H. Spaehr, Mitglied der Wiener akademischen Burschenschaft Albia, den Reichskanzler beglückwünschen und ihm eine Huldigungsadresse überreichen lassen.

Die in Rom und Florenz erscheinende **„Gazetta d'Italia"** brachte, zu Ehren des Deutschen Bismarck-Tages geschrieben, einen größeren Leitartikel, welcher dem in ausländischen Blättern viel geübten Mißbrauch entgegentritt, bei jeder, irgend einem anderen Volke unliebsamen Affäre den deutschen Reichskanzler gleichsam als europäischen Mephistopheles aufmarschiren zu lassen; das Blatt meint, gerade heute, an dem Tage, wo das deutsche Volk seinen Kanzler feiert, diesem Abergläuben entgegenzutreten, sei vielleicht nicht ohne Nutzen.

Auch kleinere Städte in Deutsch-Oesterreich, so z. B. **Krems** in Niederösterreich, haben ihre, dort sehr alungene Bismarck-Feier gehabt.

Die Deutschen in **Bukarest** feierten in den Räumen der deutschen Lesegesellschaft ihren Bismarck-Kommers.

Eine Privatmittheilung aus zuverlässiger Quelle berichtet uns aus **Hagen i. W.**: „Die kolossale Betheiligung an der Bismarck-Feier lieferte den besten Beweis dafür, daß auch hierorts ein Umschwung sich anzubahnen beginnt. Einen weiteren Beleg hierfür bildet ein Schreiben einer der größten hiesigen Firmen an die Redaktion der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung", in welchem es mit Bezug nahme auf eine irrige Nachricht derselben heißt: „Unsere Arbeiter sind keine Sozialdemokraten, sondern durchweg zufriedene Leute; trotz der verhetzenden Wahlreden Eugen Richters, die hierorts den Sozialdemokraten die Wege bahnen."

In **Saargemünd** wurde im festlich geschmückten Rathhaussaale durch den dortigen Turn-, Kriegerverein und nationalgesinnte Deutsche, zusammen mehr als 200 Personen, an des Reichskanzlers Geburtstag ein Festbankett veranstaltet, bei welchem ein von einem Anwesenden verfaßtes und vorgetragenes Gedicht enthusiastischen Beifall fand, dessen Schlußstrophen lauten:

> Tausend Jahr wird man besingen,
> Länger noch, im Erdenrund:
> Bismarck Dich, wo Leder klingen.
> Deutsch-Lothringen, deutsch von Mund!
> Vaterland! wirst nicht verderben!
> Ist auch einst kein Bismarck da,
> Wird sich doch sein Geist vererben!
> Hurrah! Hoch Germania!

Ueber die Bismarck-Feier in **Pritzwalk** berichtet man uns: Am Dienstag fand im Hufschen Saale unter überaus zahlreicher Betheiligung aller Kreise die Bismarck-Feier in Form eines solennen Kommerses statt. Eröffnet wurde die Feier durch „Alles schweige, Jeder neige". Der Vers dieses Liedes: „Deutschlands Söhne, laut ertöne euer Vaterlandslied", war für den Charakter des Abends bestimmend: begeisterter Zusammenklang alles dessen, was ein deutsches Herz an einem Ehrentage eines Volkes fühlt. — Nach dem vom Amtsrichter Nöll ausgebrachten Toast auf Se. Majestät den Kaiser und König hielt Lehrer Rehfeldt die Festrede, und wurde nach dem unter großer Begeisterung aufgebrachten Hoch auf den Kanzler folgendes Telegramm an den Gefeierten abgesandt:

> Die zum Festkommers versammelten Bewohner Pritzwalks bringen Ew. Durchlaucht zum 70. Geburtstage ein begeistertes Hoch; möge Gott unserem Vaterlande noch lange seinen Kanzler in unverehrter Kraft und Rüstigkeit erhalten!

Die Stimmung der Versammlung war eine echt patriotische; mit Feuer wurden die Kommerslieder gesungen. Der Männergesangverein, unter Leitung des Kantors Stahlberg, erfreute durch mehrere Lieder. Fernere Toaste wurden ausgebracht auf das einige deutsche Vaterland, die deutschen Truppen, die deutsche Flotte, das deutsche Herz. Bis lange nach Mitternacht blieben die Festtheilnehmer in fröhlicher und heiterer Stimmung beisammen. Ein donnernder Salamander auf Bismarck um 12 Uhr, mit Anbruch seines Geburtstages, bildete den würdigen Beschluß des Festes.

In einem das Jubiläum des Fürsten Bismarck überschriebenen Artikel sagt die „Nowoje Wremia":

Oder v. Bismarck ist wahrlich von hohem Werthe für Deutschland, und sein Geburtstag muß von jedem guten Deutschen als der Tag gefeiert werden, an dem Deutschlands Größe geboren wurde. Kleinlich wäre es, die Bedeutung dieses Tages an der Ausdehnung der Festlänge zu messen, welche an den Fenstern seines Palais vorbei defilirten. Bismarck ist ein Ausnahme-Verstand, ein Staatsmann von seltenem Talent, und dabei ein glühender, überzeugter Patriot. Ein so hohes Verdienst giebt am Ende auch ein hohes Recht darauf, daß der persönliche Festtag sich in einen Feiertag des ganzen Volkes verwandele. Niemals hat Bismarck seine Gesetzkraft auf seinen persönlichen Nutzen gerichtet, und in unablässiger Sorge für das Vaterland hat er sich niemals mit den Vortheilen beschäftigt, welche die Arbeit für das allgemeine Wohl ihm selbst bringen konnte.

Und wie denken, daß in dem allgemeinen Chor der Gratulationen das Geständniß der oppositionellen Presse, daß durch alle seine Thätigkeit sich wie ein glänzender Faden die treue Arbeit für den Kaiser und die Nation zieht, — daß dies Geständniß ihm am angenehmsten sein wird. . . . .

Auf dem Grunde der Bismarckschen Politik lag wie ein Fellen die Idee seiner Nation zu nützen, — und, wenn die durch eine solche Politik erreichten Erfolge sich als stark, unbestritten und groß erwiesen haben, so beruht das auf der Tüchtigkeit dieser ihrer Grundlage. Aber gerade diese Volkstümlichkeit Bismarcks ist beständig die Ursache gewesen, weshalb die Kathedermenschen, die Leute mit den abstrakten Ideen, die Doktrinäre des Liberalismus mit ihm stritten oder ihn nicht verstanden. Keine abstrakte Idee stellte sich in Bismarcks Kopfe feindlich den dringenden, täglichen Interessen seines Volkes entgegen, deren Unterstützung von ihm ohne Verzug, oft augenblicklich gefordert wurde. . . . Am Ende wußte der Kanzler immer noch so zu leiten, wie es nothwendig und ausführbar war. Erforderte es die Eigenart des Weges, daß man einen Umweg machte, so schlug er diesen ein, doch sofort kehrte er wieder zurück, wenn solches von dem Augenblicke und den Verhältnissen des Pfades gefordert wurde. Er quälte sich nicht mit der Reue über den Verzicht auf Prinzipien; denn, anderd als jene Doktrinäre, verstand er die ganze Unsittlichkeit und die ganze Dummheit des „fiat justitia pereat mundus."

Der Erfolg seiner auf dem Boden der deutschen Interessen geeigneten Politik hat die Richtigkeit seiner Handlungs- und Denkweise erwiesen. Diese Politik, öffentlich gepflegt, ehrlich und aufrichtig verkündet, gab Bismarck die Möglichkeit, die allgemeine Achtung der europäischen Nationen zu erwerben, die er niemals in Wirrnisse zu führen versucht hat . . . Oft stritt man mit ihm, oft beobachtete man ihn eifersüchtig, man fürchtete ihn als Feind, gern gab man ihn in der Mitte der Freunde, aber Niemand konnte sich rühmen, ihn zur Annahme eines Unsengerichts veranlaßt zu haben, für welches er das Erstgeburtsrecht Deutschlands aufgegeben hätte.

Die „Nowoje Wremia" kann mit um so größerer Aufrichtigkeit und Wärme beschelden auch ihren Glückwunsch dem Fürsten Bismarck darbringen, als auch sie in dem kleinen Kreise ihrer Thätigkeit stets den nationalen Gedanken hoch gehalten hat."

Von Belgien wird uns die Nachricht, daß die deutsche Kolonie in **Antwerpen** sich ebenfalls bemüht, damit die projektirte Dampferlinie Antwerpen auf der Ein- und Ausreise berühren möge, und hat sich zu dem Zwecke ein Komite konstituirt, welches eine Petition für den Fürsten Reichskanzler ausgearbeitet hat, behufs deren Überreichung einige Delegirte nach Berlin entsandt worden sind.

Rundschau im Auslande.

Nach vielfachen Bemühungen und Fehlschlägen ist die Neubildung des **französischen** Kabinets endlich perfekt geworden. Der Erfolg dieses Werkes gebührt dem bisherigen Kammerpräsidenten Henri Brisson, welcher schließlich als der einzige, allen zu berücksichtigenden Parteien genehme Vertrauensmann auf dem Platze blieb, nachdem auch Hr. Constans an der Lösung des schwierigen Problems verzweifelnd sich zurückgezogen hatte. Interessant erscheint die Uebernahme des auswärtigen Portefeuilles durch Hrn. de Freycinet; auch sonst weist die vom Amtsblatt veröffentlichte Ministerliste meist bekannte, bereits an früheren Ministerien betheiligt gewesene Persönlichkeiten auf. Selbstverständlich huldigen sämmtliche Mitglieder des neuen Kabinets den streng republikanischen Grundsätzen, wie sie von der republikanischen und radikalen Linken proklamirt werden. Heute nimmt die Kammer ihre durch das Osterfest unterbrochen gewesene Thätigkeit wieder auf, und wird daher auch für heute das parlamentarische Debut des Ministeriums Brisson erwartet.

Meldungen betreffs der Anknüpfung von Friedensverhandlungen **Chinas** treten gleichzeitig mit größerer Bestimmtheit auf. Als Träger derselben wird in einem Pekinger Telegramm der „Times" der englische Zolldirektor Hart, als Grundlage der s. Z. mit Fournier abgeschlossene Vertrag von Tientsin bezeichnet. Von der Zahlung einer Kriegsentschädigung seitens der Chinesen würde Abstand angenommen. (S. auch oben.)

Die Zuversicht auf eine gütliche Beilegung des afghanischen Streitfalles erhält aus den neuesten **englischen** Berichten neue Nahrung. Rußlands Antwort auf die Granvillesche Note, welcher ein sehr friedliches Renommé vorausging, scheint auf die Londoner Staatsmänner den gleichen Eindruck hervorgebracht zu haben. Bei der gänzlichen Abwesenheit prinzipieller Meinungsdivergenzen dürfte die Thätigkeit der Grenzkommissionen, sobald sie nur erst einmal eröffnet ist, ein sehr dankbares Feld finden.

Mittlerweile gelangt das Aktionsprogramm der anglo-indischen Politik in dem bereits angekündigten Maßstabe zur Durchführung. Die Entreveue zwischen Lord Dufferin und dem Emir Abdurrahman hat in Rawul Pindi stattgefunden und beiderseits einen Erguß von Sympathiekundgebungen zur Folge gehabt, welche des Emirs Loyalität für England in helles Licht zu setzen bestimmt sind. Ferner aber ist die Vollendung der nach Quetta führenden Bahn verfügt worden, und mit Bezug auf die Entsendung von Verstärkungen der europäischen Armee in Indien wird gemeldet, daß die benöthigten ca. 8000 Mann größtentheils dem gegenwärtig auf egyptischen Boden stehenden Kontingent entnommen werden sollen. Letzteres könnte natürlich nur mit Verzicht auf umfassende Operationen gegen den Sudan geschehen, die jetzt ohnehin fast gänzlich zum Stillstand gekommen sein mögen, da General Graham von Wiederbesetzung seiner bisherigen erfolglosen Vorstöße gegen Osman Digma nicht viel Günstiges erwarten darf.

In Dongola fand sich der Steckbrief gegen den Kommunisten Olivier Pain angenagelt. Er lautet: „Blond, mit hellem Bart und Haar, Größe 5' 7", Augen blau, Statur schmächtig, Lippen zusammengekniffen, Gesichtsausdruck graujam; in Sprache und Auftreten schweigsam. Es ist wahrscheinlich als Araber verkleidet. Erkennbar an seinen blauen Augen." Unterzeichnet ist der Brief von C. F. Wilson, 16. März 1885. Pain wurde am 13. März in Debbeh gesehen, von wo er zu Kameel mit wenigen Begleitern flußaufwärts ritt. Bis jetzt hat Niemand die 50 Lstr. Belohnung, die auf ihn, lebendig oder todt, gesetzt wurden, verdient. Pain wird, wie die „Köln. Ztg." meint, wahrscheinlich Kairo zu erreichen suchen, wo er als französischer Unterthan die Wohlthat der Kapitulationen genießt und für englische Hände unerreichbar bleibt.

Der Bernehmen der „Debats" zufolge wäre die Lage der **italienischen** Truppen in Massauah eine ziemlich beunruhigende. Das Schicksal von Kassala ist noch immer im Ungewissen, wenn nicht schon entschieden, ohne daß man es erfahren hätte, da die Stämme der Nachbarschaft jeden Verkehr zwischen der